

OKP-Staatsbeitrag bleibt bei 33 Millionen Franken

Bei der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) gibt es gemäss Bericht und Antrag der Regierung folgende «einfache Faustregel»: Jede Million, welche der Staat zur Verfügung stellt, senkt die monatliche Prämie um 2,5 Franken, somit werden den Einwohnern pro Jahr 30 Franken weniger belastet. Im Juni 2019 wurde der Staatsbeitrag auf einen Antrag der VU hin von 29 Millionen auf 33 Millionen Franken erhöht. Genau dieselbe Summe forderte die Regierung gestern für das Jahr 2021. Dem pflichtete Manfred Kaufmann (VU) bei, welcher als Fraktionssprecher die Erklärung vorlas: «Nicht zuletzt auch deshalb, damit für Investitionen in allfällige zielgerichtete Massnahmen zur Stabilisierung der Gesundheitskosten die nötigen Finanzen bereitgestellt werden können.»

Neben der Regierung reichten auch Johannes Kaiser (FBP) und Thomas Lageder (FL) Anträge ein, die höhere Summen anstrebten. Letzterer wollte den Beitrag auf 57 Millionen erhöhen oder zumindest auf 35 Millionen, falls der Landtag seinen ersten Antrag ablehnt. Kaiser wollte hingegen 53 Millio-

nen und erklärte: «Der Ausgangspunkt hierfür ist die Möglichkeit, dass im November-Landtag 20 Millionen Franken in die AHV eingeschossen werden.» Dann muss Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini Lösungen präsentieren, wie der AHV-Fonds bis Ende 2039 wieder fünf Jahresausgaben abdeckt. Beim OKP-Staatsbeitrag wären die 20 Millionen Kaisers Meinung nach jedoch besser angelegt, weil das Geld dort vollumfänglich den Einwohnern zugutekomme und nicht rund sieben Millionen Franken über die Pendlers ins Ausland wandern. «Von dieser Variante profitieren Familien, Rentner und vier Fünftel der Arbeitnehmer im Land, weil sie eine tiefere Krankenkassenprämie zahlen müssen», argumentierte der FBP-Abgeordnete.

Gesundheitsminister will kein Geld ausgeben

Thomas Rehak (NF) ortete hinter Kaisers Antrag ein Wahlkampfgeschenk. Sein Fraktionskollege Herbert Elkuch sah darin eine Benachteiligung der ausländischen Arbeitnehmer, was womöglich dem EWR-Recht widerspreche. Thomas



Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini möchte in der Rezession keine Erhöhung des OKP-Staatbeitrags.

Bild: Daniel Schwendender

Vogt wollte von Kaiser wissen, wie sich die zusätzlichen 20 Millionen Franken finanzieren lassen. Mehrere Abgeordnete

tadelten, dass man die Diskussionen über OKP und AHV nicht vermischen sollte. Auf Anfrage von Wendelin Lampert

(FBP), ob Regierungsrat Mauro Pedrazzini diesen Betrag lieber in die OKP oder in eine Stabilisierung der AHV investierte,

lautete seine Antwort weder noch. Angesichts der Corona-Krise ermahnte er, vorsichtig mit dem Staatshaushalt umzugehen: «Wir stecken in einer Rezession und die Steuereinnahmen werden in den kommenden Jahren einige empfindliche Dämpfer bekommen.» Nach der Finanzkrise habe der Gesundheitsminister zweimal die Krankenkassenprämien erhöhen müssen, und das wolle er keinem seiner Nachfolger zumuten. Auch Regierungschef und Finanzminister Adrian Hasler betonte, dass er von den Anträgen zur Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags «rein gar nichts halte».

Es folgten nach einer gut einstündigen Debatte die Abstimmungen, wobei zuerst die höchste in den Raum geworfene Summe an der Reihe war und man sich dann nach unten arbeitete. Lageders Anträge erhielten jeweils drei Jastimmen, jener von Kaiser fünf Jastimmen. Einhellige Zustimmung erhielt schliesslich der Regierungsantrag, womit der OKP-Staatsbeitrag wie im Vorjahr bei 33 Millionen Franken bleibt.

Gary Kaufmann